

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

des Abgeordneten **Dr. Peter Pilz**, Freundinnen und Freunde, *Norbert Hofner*, *Thomas*
betreffend die Freilassung von Murtaja Qureiris und die Schließung des Abdullah-Zentrums *Orava*

eingebraucht im Zuge der Debatte über den Tagesordnungspunkt 1 betreffend „Erklärungen der Bundeskanzlerin und des Vizekanzlers gemäß § 19 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Nationalrates anlässlich des Amtsantrittes der neuen Bundesregierung“ in der 80. Sitzung des Nationalrates, XXVI. GP, am 12. Juni 2019

BEGRÜNDUNG

Wie am 7. Juni 2019 bekannt wurde, soll der mittlerweile 18-jährige Murtaja Qureiris in Saudi-Arabien hingerichtet werden, weil er sich als Kind für etwas einsetzte, auf das wir hierzulande stolz sind: Er hat für Menschenrechte demonstriert. Murtaja Qureiris engagierte sich bereits als 10-Jähriger und nahm an friedlichen Demonstrationen teil. Auf den von CNN veröffentlichten Videos ist eine Gruppe von Jungen auf ihren Fahrrädern zu sehen, die gut gelaunt auf der Straße demonstrieren.¹ Später hat er durch ein Megaphon gerufen: „Die Leute brauchen Menschenrechte!“²

Drei Jahre später wurde Murtaja Qureiris festgenommen. Heute sitzt er bereits seit fünf Jahren im Gefängnis. Nach seiner Festnahme 2014 kam er zunächst in Einzelhaft. MenschenrechtsaktivistInnen gehen davon aus, dass er damals der jüngste Mensch war, der in Saudi-Arabien im Gefängnis saß. Laut Amnesty International wurde ihm für ein Geständnis die Freilassung versprochen.³

Die saudische Staatsanwaltschaft wirft Murtaja Qureiris vor, an Anti-Regierungsprotesten teilgenommen zu haben und einer „terroristischen Vereinigung“ anzugehören. Dafür ziehe die Anklage die Höchststrafe in Betracht. Daher droht dem Teenager, dessen einziges „Verbrechen“ es war sich für Menschenrechte in seiner Heimat einzusetzen, nun die Todesstrafe durch Köpfen und anschließendem Kreuzigen des verstümmelten Körpers.

Nach dem Fall Khashoggi zeigt das saudische Regime erneut, wie es mit seinen Kritikern umgeht und dass es auch vor der Ermordung von Kindern bzw. Teenagern nicht zurückschreckt. Wer Kritiker verhaften, foltern und ermorden lässt, wer 13-jährige Kinder einsperrt und anschließend köpfen lässt, kann nicht zur gleichen Zeit Partner eines „Dialogs“ über Menschenrechte und Religionsfreiheit sein. Deshalb wird die Bundesregierung erneut aufgefordert, das Internationale König Abdullah bin Abdulaziz Zentrum für interreligiösen und interkulturellen Dialog zu schließen.

Das Regime in Riad versteht nur eine klare und deutliche Sprache: Ohne Respekt vor dem Leben und der Würde von Menschen gibt es keinen Dialog. Diese Grenze muss auch die österreichische Politik in aller Deutlichkeit ziehen. Jetzt.

Aus diesen Gründen stellen die unterfertigenden Abgeordneten folgenden

¹ <https://www.spiegel.de/politik/ausland/murtaja-quireiris-teenager-in-saudi-arabien-droht-die-todesstrafe-a-1271507.html>

² <https://kurier.at/chronik/welt/als-13-jaehriger-verhaftet-saudi-arabien-will-teenager-koepfen/400518040>

³ <https://www.spiegel.de/politik/ausland/murtaja-quireiris-teenager-in-saudi-arabien-droht-die-todesstrafe-a-1271507.html>

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Europa, Integration und Äußeres, wird ersucht,

1. alle ihr politisch und diplomatisch zur Verfügung stehenden Mittel einzusetzen, um die ~~Er~~^{Hinrichtung} ~~mordung~~ des Jugendlichen Murtaja Qureiris zu verhindern und seine Freilassung zu erwirken, ~~und für den Fall, dass diese Verhandlungen scheitern sollten, sämtliche diplomatischen Beziehungen zu Saudi-Arabien abzubrechen und das in Österreich zugeteilte saudi-arabische diplomatische Personal auszuweisen~~
2. vom Übereinkommen zur Errichtung des Internationalen König Abdullah bin Abdulaziz Zentrums für interreligiösen und interkulturellen Dialog (kurz „Errichtungsübereinkommen“) zurückzutreten (Art XVIII Errichtungsübereinkommen), sowie
3. das entsprechende Abkommen über den Sitz des Internationalen König Abdullah bin Abdulaziz Zentrum für interreligiösen und interkulturellen Dialog (kurz „Amtssitzabkommen“) zu kündigen (Art 23 Amtssitzabkommen).“

Handwritten signatures and notes:
Zil
Lofen
Z. J. J. J.
M. K. M. K.

